

Ökumenische Nachrichten

Der Auftrag des Exekutivausschusses des Weltrates der Kirchen

Bald nach Abschluß der Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ trat in Genf vom 8. bis 11. August 1966 der Exekutivausschuß des Weltrates der Kirchen zu einer routinemäßigen Tagung zusammen, um Entscheidungen vorzubereiten. Als erstes wurde Klarheit geschaffen über die weitere Funktion des scheidenden Generalsekretärs Visser 't Hooft über den 1. Dezember hinaus. Der Exekutivrat stimmte einem Vorschlag des neuen Generalsekretärs Eugene C. Blake zu und entschied, daß „die einmaligen Erfahrungen Dr. Visser 't Hoofts dem Ökumenischen Rat und dem neuen Generalsekretär auch künftig zur Verfügung stehen“, dadurch daß Visser 't Hooft zum „Berater des Generalsekretärs“ bestellt wird. Sodann wurden für Dr. Blake zwei Assistenten gewählt, darunter Pfarrer Jens Thomson, der bereits die praktische Vorbereitung der 3. Vollversammlung des Weltrates in Neu-Delhi 1961 in der Hand hatte und die gleiche Aufgabe für die 4. Vollversammlung in Uppsala 1968 übernimmt.

Prüfung der Berichte von „Kirche und Gesellschaft“

Schwieriger war es, zu den umfangreichen, tiefgreifenden und realistischen Berichten der Weltkonferenz von „Kirche und Gesellschaft“ Stellung zu nehmen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 432 ff.). Das Komunique faßt sich recht kurz. Die Berichte würden in den kommenden Monaten Gegenstand eingehender Beratungen sein. „Das Schwergewicht dieser Gespräche soll nach den Weisungen der Exekutive auf den Fragen liegen, die die Weltkonferenz auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe und internationaler wirtschaftlicher Gerechtigkeit aufgeworfen hat.“ Darüber soll dem Exekutivausschuß auf seiner nächsten Tagung im Februar 1967 berichtet werden, damit er für die Vierte Vollversammlung daraus Folgerungen ziehen kann (Oepd, 18. 8. 66).

Diese Weisungen beruhen auf der Feststellung, daß der Weltrat zwar nicht unmittelbar an die Ergebnisse der Konferenz von „Kirche und Gesellschaft“ gebunden ist, sie aber, „wie Dr. Visser 't Hooft betonte, überaus ernst nehmen müsse“. Den Beitrag, den der Weltrat zu diesen Fragen, besonders dem Verhältnis zwischen den wirtschaftlich fortgeschrittenen und den Entwicklungsländern zu leisten habe, sei weitgehend meinungsbildend und „eine erzieherische Aufgabe“. Dr. Leslie Cooke, Direktor der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, verwies in diesem Zusammenhang auf die Tragweite der Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“, die in ihrem Bericht über die „Wirtschaftliche Entwicklung in weltweiter Sicht“ die Unzulänglichkeit des Amtes der Barmherzigkeit deutlich werden lasse und die Kirchen zu einer radikalen Neubestimmung anhalte. Landesbischof Lilje erklärte dazu, diese Aufgabe erfordere nicht nur Geduld, sondern „ein großes Maß an intellektueller Energie“.

Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche

Was die eingespielten Beziehungen der Organe des Weltrates der Kirchen zur römisch-katholischen Kirche betrifft, wurde erklärt, der Beobachter-Austausch werde sich in den kommenden Monaten weiter intensivieren. So stimmte der Exekutivrat, der unter Vorsitz des Lutheraners Franklin Cl. Fry tagte, der Entsendung eines Beobachters zu der nächsten Plenarsitzung der postkonziliaren

Kommission für die Heilige Liturgie zu. Entsandt wird Professor Raymond George von der Methodistenkirche Großbritanniens, der mehrere Jahre aktiv in der Bewegung „Faith and Order“ tätig war und von 1953 bis 1962 als Sekretär der Europäischen Theologischen Kommission für Gottesdienstfragen wirkte. Außerdem wurde das Sekretariat von Faith and Order ermächtigt, einen Beobachter zu der nächsten Sitzung des Vatikansekretariats für die Nichtgläubigen unter Kardinal König zu entsenden. Sehr aufschlußreich ist, was Pfarrer Lukas Vischer über die Gespräche der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ mit dem Vatikansekretariat für die Einheit der Christen berichtete. Angesichts der Fülle der ihr unterbreiteten Fragen (vgl. ds. Heft, S. 481) werde sie sich aller Voraussicht nach immer mehr zu einer „Koordinierungsstelle“ entwickeln, die für die Behandlung bestimmter Einzelfragen die Hilfe von „Ad-hoc-Gruppen“ in Anspruch nimmt. Sie ist also schon weit über den ursprünglichen Ansatz hinausgewachsen, weil gemeinsame Arbeitsgruppen auf unterer Ebene durch die Fülle gemeinchristlicher Aufgaben entstehen; ganz abgesehen von der vorgeschlagenen gemeinsamen Forschungsarbeit zum vordringlichen Thema von „Kirche und Gesellschaft“.

Eigene These Blakes

Es fällt auf, daß der Exekutivausschuß des Weltrates bei seiner Prüfung der Ergebnisse der Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ die Resolution gegen die Vietnampolitik der USA übergang. Bekanntlich ist dies ein Lieblingsthema von Eugene C. Blake und des Nationalrates der Kirchen Christi in Nordamerika (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 146 und 196). Man geht in der Annahme nicht fehl, daß diese politischen Interventionen von den Vertretern des deutschen Lutherums im Exekutivrat nicht gebilligt werden. Vielleicht suchte Blake deshalb bald nach der Tagung des Exekutivrates während seines Deutschlandbesuches den Norddeutschen Rundfunk auf, um dort einen Kommentar über „den Kampf der Weißen gegen Asiaten“ zu geben. Er wiederholte seine These, daß unter Umständen — vom Standpunkt der Christen — ein militärischer Sieg der USA in Vietnam einer Niederlage gleichkommen werde, weil er eine Verbitterung gegen den weißen Mann zurücklasse. Man weiß, daß Blake in dieser Frage sich auf die Ansichten des Ostasiatischen Christenrates stützt. Er erklärte, die Asiaten hätten noch nicht vergessen, daß die ersten Atombomben auf zwei asiatische Städte geworfen worden seien. „Keine Nation handle aber so gerecht oder genieße soviel Vertrauen, daß sie sich auf eigene Faust als Weltpolizei betätigen kann“ (epd, 27. 8. 66). Obwohl leider unter den Christen keine einhellige Meinung über den Krieg in Vietnam bestehe, seien alle der zunehmenden Überzeugung, daß diese Tragödie so schnell wie möglich ihr friedliches Ende finden sollte. Er wiederholte auch die während der Tagung des Zentralaussschusses im Februar 1966 erhobene Forderung, Rotchina in die Vereinten Nationen aufzunehmen.

Wie es scheint, wird man damit rechnen können, daß mit der Übernahme des Amtes des Generalsekretärs durch Eugene C. Blake am 1. Dezember 1966 die Führung des Weltrates der Kirchen in Zusammenarbeit mit dem Vatikan die Friedensbemühungen intensivieren wird. Darauf deutet auch die neue Friedenszyklika Papst Pauls VI. vom 19. September über Vietnam und Rassendiskriminierungen.

Methodisten verhandeln mit Rom

Vom 18. bis 26. August 1966 fand in London die 11. Weltkonferenz der Methodisten aus etwa 50 Ländern statt, um ihren neuen Beitrag zur ökumenischen Einigung der Christen zu überprüfen. Darunter fiel auch die Billigung einer Vereinbarung mit dem Sekretariat des Kardinals Bea zur Bildung eines gemeinsamen Ausschusses, der das gegenseitige Verstehen ermöglichen und erleichtern solle. Diese Frage erzeugte manche Mißverständnisse. Wahr ist, daß gemäß dem Referat von Pastor F. Harold Roberts über den Methodismus und die ökumenische Bewegung schon im Herbst dieses Jahres Informationsgespräche mit dem Vatikansekretariat aufgenommen würden. Robert ließ keinen Zweifel daran, daß es sich da nicht etwa um Unionsgespräche handeln wird. Er meinte, ohne die Existenz der Ökumenischen Bewegung hätte das Zweite Vatikanische Konzil nie seine bedeutenden Ergebnisse erreicht. Jetzt sei durch manche der verabschiedeten Dekrete der Weg freigemacht worden, um Rom in den Weltrat der Kirchen einzubeziehen, vorausgesetzt, daß vorher noch einige strittige Fragen geklärt würden, darunter die Mischehenfrage. Unbedingt nötig sei eine volle Anerkennung der Gültigkeit der Ehen, die in nichtrömischen Kirchen geschlossen worden sind, und ein Verzicht auf eine mündliche oder schriftliche Verpflichtung, daß die Kinder aus einer Mischehe im römisch-katholischen Glauben erzogen werden müssen.

Sodann erklärte Pastor Roberts wörtlich: „Es ist kein Zugeständnis, um das wir bitten, sondern es geht um die Anerkennung unseres geistlichen Amtes, und ich hoffe, daß dies bei jedem Gespräch anerkannt wird, das stattfindet. Nichts würde wahrscheinlich den Dialog zwischen römischen Katholiken und denen, die anderen Glaubensgemeinschaften angehören, so sehr erleichtern wie eine Erklärung dieser Art“ (epd, 28. 8. 66).

Für die im Herbst stattfindenden Gespräche in Rom wurden eigene Delegierte bestellt. Sodann mußten Mißverständnisse dementiert werden, als seien Unionsgespräche beabsichtigt. Sie entstanden aus zwei Quellen. Der bisherige Präsident des Weltrates der Methodisten, Bischof Fred Corson, Philadelphia, hatte die Bemerkung gemacht, die 12. Methodistenkonferenz, die 1971 zusammentritt, werde sich vielleicht schon mit einem Unionsplan mit Rom befassen, ähnlich dem Plan der Vereinigung mit der Anglikanischen Kirche. Corson erklärte bald darauf, er sei mißverstanden worden, vor allem könne gar keine Rede davon sein, daß die schwebenden Verhandlungen mit der Kirche von England durch die bevorstehenden Kontaktgespräche in Rom irgendwie gefährdet würden („Church Times“, 26. 8. 66). Eine ähnliche Richtigstellung gab der deutsche Methodistenbischof Wunderlich nach seiner Rückkehr aus London bekannt. Er sagte, es gäbe „kein Zurück nach Rom“ (epd, 29. 8. 66).

Die Hoffnungen von Kardinal Heenan

Der andere Anlaß zu dem genannten Mißverständnis war die erfreuliche Tatsache, daß Kardinal Heenan von Westminster zur Teilnahme an der Methodistenkonferenz eingeladen worden war und vor 1800 Delegierten eine Ansprache hielt, in der allerdings davon die Rede war, daß die Katholiken „Einheitsgespräche mit den Methodisten wünschen“. Er sagte u. a.: „Einer der Irrtümer der Einheitsbewegung war, davon zu sprechen, daß die Kirche von Rom, die Orthodoxen und die Kirche von England die einzigen ernsthaften Gesprächspartner seien.

Die Einheit der Christen geht alle an. Ich bin ebenso bemüht um Gespräche mit den Methodisten, Baptisten und Kongregationalisten wie mit Anglikanern.“ Allerdings hielt Kardinal Heenan auch nicht mit der Warnung zurück, zu viele internationale Kirchenkonferenzen zu halten. Sie könnten die Einheitsbewegung der Christen zu einem „theologischen Zeitvertreib“ machen und sich derart aufblähen, um gegenseitig die Theologien zu diskutieren, daß die Gemeinden, deren Versorgung ihnen anvertraut ist, sich überflüssig vorkommen und anfangen, sich zu zerstreuen.

Auch Bischof Corson stimmte in seiner Antwort dieser Warnung zu. Er meinte allerdings eine „Strategie des Diktats von oben“ (band-wagon-strategy), die über den Kopf der Laien hinweg die Einheit der Kirche zu schaffen suche, womit er sich in bester Übereinstimmung mit dem Zweiten und Vierten Kapitel der Kirchenkonstitution des Zweiten Vatikanums befindet. Es scheint noch nicht daran gedacht worden zu sein, die Einheitsbewegung auf die Teilnahme des ganzen Volkes Gottes und des „prophetischen Amtes der Laien“ umzustellen.

Aus der jüdischen Welt

Eine jüdisch-orthodoxe Erneuerungs- bewegung in Israel

Die besonderen Verhältnisse in Israel, das faktische Religionsmonopol des orthodoxen Rabinats (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 31 ff.) und die Politisierung des religiösen Lebens dort, wo es darum geht, die Ansprüche einer großen religiösen Minderheit gegenüber einer religiös indifferenten oder areligiösen Mehrheit durchzusetzen, haben nicht nur zu Konflikten im öffentlichen Leben geführt, sondern auch zu Konflikten innerhalb des orthodoxen Judentums. Die starre Haltung der älteren Mitglieder des Rabinatsrates, die durch das faktische *establishment* des orthodoxen Rabinats nur erleichtert wurde, hat schon seit Jahren den Widerstand der jüngeren Mitglieder hervorgerufen, die für ein maßvolles Entgegenkommen in religionsgesetzlichen Fragen waren, und die von einer verstärkten geistlichen und missionarischen Aktivität mehr erhoffen als von der politischen Aktivität der religiösen Parteien mit all ihren Schattenseiten.

Gegen konstitutionelle Formen der Orthodoxie

Diese Widerstände beginnen sich nun in einer Erneuerungsbewegung zu formieren. Die Erneuerungsbewegung, die am 7. April dieses Jahres ihren Gründungskongreß in Jerusalem hielt, kommt aus der Orthodoxie selber und bekennt sich vorbehaltlos zum traditionellen Judentum. Sie ist lediglich gegen die politischen und konstitutionellen Formen der israelischen Orthodoxie gerichtet, nicht gegen diese selbst. Die Gründungsversammlung verzichtete auch darauf, das Rabinat als solches ernsthaft zu kritisieren, stellte aber die Überprüfung von Status und Funktion des Rabinats auf einer weiteren Delegiertenkonferenz in Aussicht.

Die Bewegung zählt bisher 300 eingetragene Mitglieder, darunter zahlreiche Studenten und Dozenten der Universitäten Jerusalem und Tel Aviv; zum Vorsitzenden des Exekutivrates wurde Prof. Chajim Urbach von der Universität Jerusalem gewählt. Das Ziel der Bewegung, die sich „Bewegung für Torajudentum“ nennt, ist die Bildung einer menschlichen Gesellschaft auf den Grund-